

Frau Präsidentin
 BR KommR Sonja ZWAZL
 Wirtschaftskammer Niederösterreich
 Landsbergerstraße 1
3100 St. Pölten

Landesgeschäftsstelle
 Große Neugasse 28/1
 A-1040 Wien
 Telefon 01 / 408 25 20-17
 Fax 01 / 408 25 20-18
 E-Mail noe-office@rfw.at

Wien, 2. November 2015

Antrag **an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich** **für die Sitzung am 24. November 2015**

Seit längerem wird heftig an der Revision der EU-Pauschalreiserichtlinie gearbeitet. Die neue EU-Richtlinie bringt Hoteliers neue Auflagen, wenn sie Zusatzleistungen abseits von Zimmern und Bewirtung anbieten wollen.

Bieten Hoteliers ihren Gästen künftig Zusatzangebote wie Ausflüge oder Skiliftkarten vorab an, brauchen sie eine Reisebüro Lizenz. Denn dadurch werden sie laut EU-Recht zu Pauschalreiseanbietern. Damit verbunden sind umfangreiche zusätzliche Informationspflichten, eine Ausfallhaftung für das Gesamtpaket und die Einrichtung einer Insolvenzabsicherung zugunsten des Touristen. Die ohnehin gebeutelte Tourismusbranche – die auch unter der Steuerreform stöhnt – soll also weiter belastet werden!

Die Richtlinie soll voraussichtlich 2017 in Kraft treten. Die Schwelle der Einkünfte aus Zusatzleistungen soll mit 25% der Einnahmen festgelegt werden. Ab dann muss eine Gewerbeberechtigung als Reisebüro vorliegen. Betroffen davon sind rund 17.000 Hotels und zehntausende Gastronomie- und Freizeitbetriebe, die Zusatzleistungen anbieten.

Die Pauschalreiserichtlinie beinhaltet auch ein Kapitel, wonach es neue Haftungsregeln geben soll. Bietet ein Reisebüro neben einem Hotel weitere Leistungen an (*beispielsweise einen Mietwagen*) so ist das Reisebüro kein Vermittler mehr und wird zum Reiseveranstalter. Diese wiederum haben deutlich mehr Auflagen, Informationspflichten und Regulierungen zu erfüllen. Für kleine Reisebüros wäre dies das Aus.

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlaments Niederösterreich stellen daher folgenden

ANTRAG:

Die Organe der Wirtschaftskammer Niederösterreich werden aufgefordert, sich beim Bundesgesetzgeber dafür einzusetzen, dass die EU-Pauschalreiserichtlinie – in seiner jetzigen Form – abgelehnt wird.

Elisabeth Ortner
 Landesobfrau des RfW-NÖ und
 Delegierte Wirtschaftsparlament NÖ

KommR Hermann Fichtinger
 LO-Stv. und
 Delegierter Wirtschaftsparlament NÖ